



Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

65. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 25. November 2011

Nummer 25

Glied.- Nr.	Datum	Inhalt	Seite
223	14. 11. 2011	Vierte Verordnung zur Änderung der Ersatzschulfinanzierungsverordnung	558
301	12. 11. 2011	Zwölfte Verordnung zur Änderung der Elektronischen Registerverordnung Amtsgerichte	564
600	13. 11. 2011	Sechsenddreißigste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Zuständigkeiten der Finanzämter	562
792	14. 11. 2011	Zweite Verordnung zur Änderung der Landesjagdgesetzdurchführungsverordnung	564

Seit 1. Januar 2007 ist die **CD-ROM** neu gestaltet und preisgünstiger.

Die CD-ROM wird jetzt als Doppel-CD „SGV. NRW. und SMBl. NRW.“ herausgegeben.

Sie enthält somit stets das gesamte Landesrecht und alle Verwaltungsvorschriften (Erlasse) auf dem aktuellen Stand.

Im Abonnement kostet diese Doppel-CD nicht mehr als früher eine Einzel-CD, nämlich nur 77 € pro Jahr.

Die aktuelle CD-ROM, Stand 1. Juli 2011, ist ab Mitte August erhältlich.

Das **Bestellformular** mit den Preisen befindet sich **im GV-Blatt 2006 Nr. 29, S. 472.**

Informationen zur CD-ROM finden Sie auch im Internet über das Portal: <https://recht.nrw.de>.

Hinweis:

Die Gesetz- und Verordnungsblätter, die Ministerialblätter, die Sammlung aller Gesetze und Verordnungen des Landes NRW (SGV. NRW.) sowie die Sammlung der in Teil I des MBl. NRW. veröffentlichten Erlasse (SMBl. NRW.) stehen **im Intranet des Landes NRW** zur Verfügung.

Dasselbe wird **auch im Internet angeboten**. Die Adresse ist: <https://recht.nrw.de>. Hingewiesen wird auf die kostenlosen Angebote im Internet unter der genannten Adresse. Dort finden Sie Links zu vielen qualitativ hochwertigen Rechtsangeboten.

Wollen Sie die Inhaltsangabe eines jeden neuen Gesetzblattes oder Ministerialblattes per Mail zugesandt erhalten? Dann können Sie sich in das **Newsletter-Angebot** der Redaktion eintragen. Adresse: <https://recht.nrw.de>, dort: kostenlose Angebote.

223

**Vierte Verordnung zur Änderung
der Ersatzschulfinanzierungsverordnung
Vom 14. November 2011**

Auf Grund des § 115 Absatz 1 und 2 Schulgesetz NRW vom 15. Februar 2005 (GV. NRW. S. 102), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. April 2011 (GV. NRW. S. 205), wird im Einvernehmen mit dem Ministerium für Inneres und Kommunales und dem Finanzministerium sowie mit Zustimmung der für Schulen und für Haushalt und Finanzen zuständigen Landtagsausschüsse verordnet:

Artikel 1

Die Ersatzschulfinanzierungsverordnung vom 18. März 2005 (GV. NRW. S. 230, ber. S. 424, S. 635), zuletzt geändert durch Verordnung vom 16. November 2009 (GV. NRW. S. 624), wird wie folgt geändert:

1. § 7 Absatz 3 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Die Kostenrichtsätze betragen:

für allgemein bildende Schulen

a) für normal ausgestattete Räume 2.080 Euro/qm

b) für installationsintensive Räume 2.660 Euro/qm

für Förderschulen und Berufskollegs

a) für normal ausgestattete Räume 2.240 Euro/qm

b) für installationsintensive Räume 2.860 Euro/qm

für Sporthallen je Übungseinheit (für je angefangene 10 Klassen)

15 x 27 m 999.680,- Euro

21 x 45 m 2.033.440,- Euro

27 x 45 m 2.726.400,- Euro.“

2. § 13 wird wie folgt gefasst:

**„§ 13
(zu § 115 Absatz 3 SchulG)
Übergangsvorschriften**

Für die Festsetzung der Zuschüsse auf Grund von Jahresrechnungen zurückliegender Haushaltsjahre bis zum Jahr 2010 finden die §§ 7 Absatz 3 Satz 2 und 13 a sowie die Anlage 5 zu dieser Verordnung in der bis zum 31. Dezember 2010 geltenden Fassung Anwendung.“

3. § 13 a Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Die Bewirtschaftungspauschale (§ 108 Absatz 2 in Verbindung mit § 115 Absatz 3 Satz 1 SchulG) wird auf 35 EUR je Quadratmeter anerkannter schulisch genutzter Fläche und Jahr festgesetzt.“

4. § 14 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Das Ministerium für Schule und Weiterbildung berichtet der Landesregierung über die Auswirkungen der Verordnung bis zum 31. Dezember 2015 und danach alle fünf Jahre.“

5. In Anlage 1 – Seite 3 – zur Ersatzschulfinanzierungsverordnung werden in der Erläuterung zu Titel 422 01 die Wörter „zur Anstellung“ gestrichen.

6. Anlage 2a zur Ersatzschulfinanzierungsverordnung wird wie folgt gefasst:

(siehe **Anlage 2a**).

7. Anlage 2b zur Ersatzschulfinanzierungsverordnung wird wie folgt gefasst:

(siehe **Anlage 2b**).

8. In der Überschrift der Tabelle in Anlage 4 zur Ersatzschulfinanzierungsverordnung wird die Angabe „§ 4 Abs. 1 FESchVO“ ersetzt durch die Angabe „§ 4 Abs. 2 FESchVO“.

9. Die Tabelle in Anlage 5 zur Ersatzschulfinanzierungsverordnung wird wie folgt gefasst: (siehe **Anlage Tabelle zu Anlage 5**).

Artikel 2

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2011 in Kraft.

Düsseldorf, den 14. November 2011

Die Ministerin
für Schule und Weiterbildung
des Landes Nordrhein-Westfalen
Sylvia L ö h r m a n n

4. Weitere Stellenzuschläge für besondere, von der Schulaufsicht anerkannte Unterrichtsbedarfe (insb. § 106 Abs. 10 SchulG) (nicht berücksichtigungsfähig für Personalbedarfs- und -nebenkostenpauschale)

sachlicher Grund ⁵⁾ (gem. gesonderter Zuweisung durch die obere Schulaufsichtsbehörde)	Stellenzuschlag (i. S. d. § 106 Abs. 10 SchulG)		Stellenzuschlag (nach 2 Stellen abgebrochen)	
		Betrag	1-7	8-12
Fachleiterbonus				
Sonst. Einsatz im öff. Schuldienst				
Summe (Zusatzbeträge nach § 106 Abs. 10 SchulG)				
Stellen (gerundet auf 1 Dezimalstelle)			0,0	0,0

5. Stellenbedarf insgesamt (Summe aus Nummer 3 und 4)

0,00	0,00
------	------

6. nachrichtlich Stellen aus Nummer 1 und 2: ⁶⁾

Stellen, die dem Gymnasium, Weiterbildungskolleg oder Berufskolleg zuzuordnen sind
(Wert gem. § 3 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 Buchst. a zuzügl. 30 v.H. gem. § 3 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2)
Stellen, die den anderen Schulformen zuzuordnen sind
(Wert gem. § 3 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 Buchst. b zuzügl. 30 v.H. gem. § 3 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2)

1-7	8-12
0,00	0,00
0,00	0,00

Personalbedarfspauschale 2,0 v.H. ⁶⁾	Euro
(0 Stellen x 7 / 12 + 0 Stellen x 5 / 12) x 0,02 x (Wert gem. § 3 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 Buchst. a zuzügl. 30 v.H. gem. § 3 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2)	0,00
(0 Stellen x 7 / 12 + 0 Stellen x 5 / 12) x 0,02 x (Wert gem. § 3 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 Buchst. b zuzügl. 30 v.H. gem. § 3 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2)	0,00
Summe ⁷⁾	0,00

Personalnebenkostenpauschale 0,5 v.H. ⁶⁾	Euro
(0 Stellen x 7 / 12 + 0 Stellen x 5 / 12) x 0,005 x (Wert gem. § 3 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 Buchst. a zuzügl. 30 v.H. gem. § 3 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2)	0,00
(0 Stellen x 7 / 12 + 0 Stellen x 5 / 12) x 0,005 x (Wert gem. § 3 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 Buchst. b zuzügl. 30 v.H. gem. § 3 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2)	0,00
Summe ⁷⁾	0,00

1) Soweit Stellen dem Gymnasium, Weiterbildungskolleg oder Berufskolleg zuzuordnen sind, ist dies hier einzutragen, da nur so die erhöhte Personalbedarfs- und -nebenkostenpauschale berücksichtigt wird.

2) Zuordnung zu Januar bis Juli (1-7) bzw. August bis Dezember (8-12)

3) sofern relationsmäßig berechnet

4) sofern mehrere Tatbestände zutreffen, gesonderte Aufstellung beifügen

5) sofern Zeilen nicht ausreichen, gesonderte Aufstellung beifügen und Summen in Übersicht eintragen

6) Mittelwert gem. § 12 Abs. 3 FESchVO für Schulen im Erprobungsversuch

7) Besonderheiten der Altersteilzeit und des Sabbatjahres werden gesondert berechnet.

Anlage 2b

Besoldungsübersicht für das Haushaltsjahr 20__

1.1 Lehrkräfte als Planstelleninhaberinnen und Planstelleneinhaber (Titel 422 01)

Nr.	Name, Vorname	Familienstand	Besoldungsgruppe/Dienstaltersstufe	Pflichtstundenzahl	tatsächlich erteilte Stunden (ggf. Datum der Änderung)	Grundgehalt	Familienzuschlag	Zulagen	VL	Bruttodienstbezüge (Sp. 7 bis 10)	Einmalzahlungen, Sonderzuwendungen, Nachzahlungen, Einbehalten (Sp. 11, 12)	Besoldung jährlich	Bemerkungen zu den zahlungsrelevanten Daten
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14

1.2 Lehrkräfte im Tarifbeschäftigungsverhältnis (Titel 428 01 Nr. 1)

Nr.	Name, Vorname	Entgelt-Stufe	Pflichtstundenzahl	tatsächlich erteilte Stunden (ggf. Datum d. Änderung)	Tabellenergelt	individ. Erhöhungsbetrag/Endstufe	Besitzstand Kinder	Strukturausgleich	sonstige Zulagen	VL	Entgelt monatlich	Einmalzahlungen, Jahressonderzahlung, Sonstiges (Sp. 6 bis 11)	Entgelt jährlich	AG-Anteil zur Sozialversicherung	Arbeitgeberbrutto	Bemerkungen zu den zahlungsrelevanten Daten (Sp. 14, 15)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17

1.3 Nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte und Mehrarbeit (Titel 427 10)

Nr.	Name, Vorname	Amts- oder Berufsbezeichnung	Erteilte Unterrichtsstunden 1.1. - 31.7.	Stundensatz 1.1. - 31.7.	Vergütung 1.8. - 31.7.	SV-Beitrag	Gesamtbetrag (jährlich)	Bemerkungen zu den zahlungsrelevanten Daten
1	2	3	4	5	6	7	8	9

2. Lehrkräfte, die Versorgungsbezüge erhalten (Titel 432 10)

Nr.	Name, Vorname	Geburtsdatum	Versorgung (jährlich)	Bemerkungen
1	2	3	4	5

Tabelle zu Anlage 5

Schulform	Grundpauschale	Mindestanzahl der Klassen	Zuschlags-/Abschlagsbetrag je Klasse	Mindestpauschale
Grundschulen	10.000 €	4	340 €	9.590 €
Hauptschulen	21.130 €	6	910 €	18.060 €
Realschulen	18.700 €	6	780 €	16.200 €
Gymnasien*) Weiterbildungskolleg **)	26.930 €	9	840 €	22.740 €
Gesamtschulen	31.420 €	9	1.020 €	26.330 €
Berufskollegs - Berufsschulen	19.700 €	24	500 €	16.960 €
Berufskollegs - Berufsfachschulen	29.150 €	6	2.090 €	24.540 €
Fachschulen	29.150 €	6	2.090 €	24.540 €
Fachoberschulen	29.150 €	6	2.090 €	24.540 €
Förderschulen - im berufsbildenden Bereich	44.020 €	24	1.380 €	36.460 €
Förderschulen - alle Förderschwerpunkte ; Schule für Kranke außer	26.970 €	10	750 €	22.760 €
Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung	26.970 €	5	1.480 €	22.760 €
Förderschwerpunkt Lernen	26.970 €	7	1.060 €	22.760 €
Förderschwerpunkt Emotionale und soziale Entwicklung	26.970 €	9	830 €	22.760 €

*) einschl. Aufbauform

**) umfasst Abendrealschule, Abendgymnasium und Kolleg

– GV. NRW. 2011 S. 558

600

**Sechshunddreißigste Verordnung
zur Änderung der Verordnung
über die Zuständigkeiten der Finanzämter
Vom 13. November 2011**

Auf Grund

- des § 17 Absatz 1 des Finanzverwaltungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. April 2006 (BGBl. I S. 846, 1202), zuletzt geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1768),
- des § 17 Satz 2 des Spielbankgesetzes NRW vom 30. Oktober 2007 (GV. NRW. S. 445),
- des § 17 Absatz 2 Satz 3 und 4 des Finanzverwaltungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. April 2006 (BGBl. I S. 846, 1202), zuletzt geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1768),
- des § 15 Absatz 2 des Kraftfahrzeugsteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. September 2002 (BGBl. I S. 3818), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 27. Mai 2010 (BGBl. I S. 668),
- des § 387 Absatz 2 Satz 1 und 2 und des § 409 Satz 2 der Abgabenordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3866, 2003 I S. 61), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 1. November 2011 (BGBl. I S. 2131),
- des § 14 Absatz 3 Satz 2 des Fünften Vermögensbildungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. März 1994 (BGBl. I S. 406), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 5. April 2011 (BGBl. I S. 554),

7. des § 8 Absatz 2 Satz 2 des Wohnungsbau-Prämien-gesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Oktober 1997 (BGBl. I S. 2678), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 5. April 2011 (BGBl. I S. 554),
 8. des § 4 Absatz 1 Satz 2 des Spielbankgesetzes NRW vom 30. Oktober 2007 (GV. NRW. S. 445),
 9. des § 20 und § 29a Absatz 2 des Berlinförderungsge-setzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Februar 1990 (BGBl. I S. 173), zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 5 des Gesetzes vom 5. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2748),
 10. des § 9 des Investitionszulagengesetzes 1996 in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Januar 1996 (BGBl. I S. 60), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 19. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3779),
 11. des § 8 des Investitionszulagengesetzes 1999 in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Oktober 2002 (BGBl. I S. 4034), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 21. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3603),
 12. des § 7 des Investitionszulagengesetzes 2005 in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. September 2005 (BGBl. I S. 2961),
 13. des § 6 des Stahlinvestitionszulagengesetzes vom 22. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1523, 1557), zuletzt geän-dert durch Artikel 128 der Verordnung vom 29. Okto-ber 2001 (BGBl. I S. 2785),
 14. des § 164 Satz 1 des Steuerberatungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. November 1975 (BGBl. I S. 2735), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 22. Dezember 2010 (BGBl. I S. 2248),
 15. des § 131 Absatz 3 des Gesetzes über Ordnungswid-rigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2353),
 16. des § 17 Absatz 4 und 5 des Geldwäschegesetzes vom 13. August 2008 (BGBl. I S. 1690), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 22. Juni 2011 (BGBl. I S. 1126),
- zu 6. bis 9. jeweils in Verbindung mit § 387 Absatz 2 Satz 1 und 2 sowie § 409 Satz 2 der Abgabenordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3866, 2003 I S. 61), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 1. November 2011 (BGBl. I S. 2131), zu 10. bis 14. jeweils in Verbindung mit § 387 Absatz 2 Satz 1 und 2 der Abgabenordnung, zu 16. in Verbindung mit § 409 Satz 2 der Abgaben-ordnung und zu 3. bis 16. jeweils in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Ermächtigung des Finanzministers zum Erlaß von Rechtsverordnungen im Bereich der Finanzverwaltung vom 14. Juli 1987 (GV. NRW. S. 270), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 1. Dezember 2009 (GV. NRW. S. 758),

wird verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über die Zuständigkeiten der Finanzäm-ter vom 16. Dezember 1987 (GV. NRW. S. 450), zuletzt geändert durch Verordnung vom 17. Mai 2011 (GV. NRW. S. 273), wird wie folgt geändert:

1. Anlage 2, Teil 1 Inhaltsverzeichnis wird wie folgt geändert:
 - a) Gliederungseinheit „**Grunderwerbsteuer**“ wird wie folgt geändert:
 - aa) Die Wörter „Bonn-Außenstadt, Lfd. Nr. 2.5“ werden gestrichen.
 - bb) Die Wörter „Düsseldorf-Süd, Lfd. Nr. 1.4“ werden durch die Wörter „Düsseldorf-Süd, Lfd. Nr. 1.5“ ersetzt.
 - cc) Die Wörter „Duisburg-West, Lfd. Nr. 1.5“ wer-den durch die Wörter „Duisburg-West, Lfd. Nr. 1.6“ ersetzt.

- b) Nach der Gliederungseinheit „**Hypothekengewinn-abgabe**“ wird folgende Gliederungseinheit einge-fügt:

„Investmentvermögen

zuständige Finanzämter:

Düsseldorf-Mitte, Lfd. Nr. 1.3

Köln-Mitte, Lfd. Nr. 2.14“

2. Anlage 2 Teil 2 wird wie folgt geändert:

- a) Gliederungsnummer 1 wird wie folgt geändert:

- aa) Nach Gliederungsnummer 1.2 wird folgende Gliederungsnummer 1.3 eingefügt:

„1.3

Finanzamt Düsseldorf-Mitte in Düsseldorf *übertragene Zuständigkeiten:*

Besteuerung von:

- a) Sondervermögen und Kapitalanlagegesell-schaften im Sinne des § 1 des Gesetzes über Kapitalanlagegesellschaften in der im Bun-desgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 4120-4, veröffentlichten bereinigten Fas-sung, aufgehoben durch Gesetz vom 15. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2676),

- b) Investmentvermögen im Sinne des § 1 Satz 1 Nummer 1 des Investmentgesetzes,

- c) Kapitalanlagegesellschaften im Sinne des § 2 Absatz 6 des Investmentgesetzes,

nach dem Körperschaftsteuergesetz, Gewerbe-steuergesetz, Umsatzsteuergesetz, Vermögen-steuergesetz, Gesetz über Kapitalanlagegesell-schaften und Investmentsteuergesetz, sowie die diesbezügliche Körperschaftsteuerzerle-gung, die Einheitsbewertung des Betriebsver-mögens und die Anteilsbewertung.

Bezirke aller Finanzämter des Oberfinanzbe-zirks Düsseldorf“

- bb) Die bisherigen Gliederungsnummern 1.3 bis 1.5 werden die Gliederungsnummern 1.4 bis 1.6.

- b) Gliederungsnummer 2 wird wie folgt geändert:

- aa) Die Gliederungsnummer 2.5 wird wie folgt geändert:

- aaa) Der Buchstabe a wird aufgehoben.

- bbb) Die Buchstabenbezeichnung „b)“ wird gestrichen.

- bb) Der Gliederungsnummer 2.14 wird folgender Buchstabe d angefügt:

„d) Besteuerung von:

- aa) Sondervermögen und Kapitalanlage-gesellschaften im Sinne des § 1 des Gesetzes über Kapitalanlagegesell-schaften in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 4120-4, veröffentlichten bereinigten Fassung, aufgehoben durch Gesetz vom 15. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2676),

- bb) Investmentvermögen im Sinne des § 1 Satz 1 Nummer 1 des Investmentge-setzes,

- cc) Kapitalanlagegesellschaften im Sinne des § 2 Absatz 6 des Investmentgeset-zes,

nach dem Körperschaftsteuergesetz, Gewerbesteuer-gesetz, Umsatzsteuergesetz, Vermögensteuergesetz, Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften und Invest-mentsteuergesetz, sowie die diesbezügliche Körperschaftsteuerzerlegung, die Einheitsbewertung des Betriebsvermögens und die Anteilsbewertung

Bezirke aller Finanzämter des Oberfi-nanzbezirks Köln“

3. Anlage 3 wird wie folgt geändert

In der laufenden Nummer 1.6 werden in der Gliederungseinheit „zu a) bis d)“ die Wörter „Neuss I, Neuss II“ durch das Wort „Neuss“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2012 in Kraft.

Düsseldorf, den 13. November 2011

Der Finanzminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
Dr. Norbert Walter-Borjans

– GV. NRW. 2011 S. 562

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 14. November 2011

Der Minister
für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen
Johannes Remme

– GV. NRW. 2011 S. 564

792

**Zweite Verordnung zur Änderung
der Landesjagdgesetzdurchführungsverordnung
Vom 14. November 2011**

Auf Grund des § 17 Absatz 2 und 4 des Landesjagdgesetzes Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Dezember 1994 (GV. NRW. 1995 S. 2, ber. 1997 S. 56), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2009 (GV. NRW. S. 876), wird nach Anhörung des zuständigen Ausschusses des Landtags verordnet:

Artikel 1

Die Landesjagdgesetzdurchführungsverordnung vom 31. März 2010 (GV. NRW. S. 238), geändert durch Verordnung vom 28. März 2011 (GV. NRW. S. 209), wird wie folgt geändert:

1. § 4 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 3 wird das Satzzeichen „.“ durch das Satzzeichen „;“ ersetzt.
 - b) Nach Nummer 3 wird folgende Nummer 4 angefügt: „4. ein amtliches Führungszeugnis, das nicht älter als sechs Monate sein darf.“
2. § 4 Absatz 2 Nummer 2 erhält folgende Fassung:

„2. Bewerber, denen nach § 17 Absatz 1 Nummer 2 und Satz 2 des Bundesjagdgesetzes der Jagdschein versagt werden muss. Dies gilt nicht für Bewerber, die eine eingeschränkte Jägerprüfung zur Erlangung eines Falknerjagdscheins ablegen wollen.“
3. In § 11 Absatz 4 wird die Angabe „§ 8 Absatz 5“ durch die Angabe „§ 8 Absatz 4“ ersetzt.
4. In § 20 wird Satz 2 gestrichen.

301

**Zwölfte Verordnung zur Änderung der
Elektronischen Registerverordnung Amtsgerichte
Vom 12. November 2011**

Auf Grund des § 14 Absatz 4 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586, 2587), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22. Dezember 2010 (BGBl. I S. 2255), in Verbindung mit § 1 Absatz 2 des Justizgesetzes Nordrhein-Westfalen vom 26. Januar 2010 (GV. NRW. S. 30), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 5. April 2011 (GV. NRW. S. 199), wird verordnet:

Artikel 1

Die Elektronische Registerverordnung Amtsgerichte vom 19. Dezember 2006 (GV. NRW. S. 606), zuletzt geändert durch Verordnung vom 31. August 2011 (GV. NRW. S. 469), wird wie folgt geändert:

In § 8 Satz 2 werden nach dem Wort „Vereinsregister“ die Wörter „und deren Anlagen“ eingefügt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 12. November 2011

Der Justizminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
Thomas Kutschaty

– GV. NRW. 2011 S. 564

Einzelpreis dieser Nummer 1,35 Euro
zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für
Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 82, Fax (02 11) 96 82/2 29, Tel. (02 11) 96 82/2 38 (8.00–12.30 Uhr), 40237 Düsseldorf
Bezugspreis halbjährlich 33,50 Euro (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 67.– Euro (Kalenderjahr), zahlbar im Voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.
Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 82, Fax (02 11) 96 82/2 29, Tel. (02 11) 96 82/2 41, 40237 Düsseldorf

Von Vorabesendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur auf Grund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf

Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 82, 40237 Düsseldorf

Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach

ISSN 0177-5359